Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

...mmtspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. ...Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und ...ch-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

...r. 68. | Dresden, Mittwoch den 24. März 1909. | 20. Jahrg.

Die Marineschraube.

...n England haben die konservativen Gegner des zur Zeit ...nden Ministeriums in den letzten Tagen eine gewaltige ... hervorgerufen, um die Volksmassen für die nächste Wahl ... zu präparieren. Sie verbreiteten das Gerücht, die eng... Regierung habe die Seerüstung des Landes völlig vernach... und England sei einem deutschen Einfall wehrlos preis...; Deutschland hätte in aller Stille eine solche Menge von ...oughts — das sind die größten bisher gebauten Panzer... — auf Stapel gelegt, daß es schon in wenigen Jahren eine ... als die englische Flotte besitzen werde. Nicht nur der ...i der englischen Flottenpolitik seit Menschengedenken fest... ...e Satz, daß die englische Flotte so stark sein müsse, ... zweier beliebiger Länder zusammengenommen, nicht nur ...Satz sei verlassen worden, nein, heute oder in wenigen ... sei England nicht einmal mehr so stark wie Deutschland allein! ...Diese Ankündigung ist falsch. Wenn auch in aller Stille ... deutschen Flottengesetz, das die Neubauten und Ersatz... von Schiffen bis zum Jahre 1917 regeln soll, insofern ...erungen vorgenommen sind, als man immer größere und ... Schiffe zu bauen begonnen hat, so ist es doch nicht richtig, ... Zahl der deutschen Dreadnoughts etwa in drei Jahren ...sein werde, als die der englischen. Aber die Widerlegung ...nglischen Geredes ist nun wieder ein Anreiz für die ... Flottenenthusiasten, genau so abenteuerliche Forderungen ...len, wie sie jetzt in England kolportiert werden. Dort ...man 8, 10, 12 Dreadnoughts in einem Jahre; hier nimmt ...e phantastischen Forderungen zum Vorwand für ähnliche ...übungen. Die Panzerschiffe des neuesten Typus kosten ...ck rund 36 Millionen Mark, werden aber vermutlich in ...Jahren über 40 Millionen Mark kosten. Noch im Flotten... ...Jahre 1900 rechnete man mit Panzerschiffen im Höchst... ... etwa 25 Millionen Mark. Mit der Größe des Schiffs... ... der Steigerung der Geschwindigkeit und der Gewalt ...lerung steigern sich die Kosten nicht proportional sondern ...rat, d. h. ein um die Hälfte größeres Schiff kostet nicht ... Hälfte mehr, sondern über das Doppelte mehr. Wenn ...iter geht, werden wir in zehn Jahren zu einem Schiffs... ...langt sein, der Stück für Stück seine 50 Millionen Mark

...er es kann nicht so weitergehen. Das sagen nicht nur wir, die ...ten „vaterlandslosen Gesellen", denen man das Verständnis ...onale Politik abspricht, sondern das sagen auch Leute, die ... anderen Bänken sitzen. So hat erst unlängst die Handels... ...in Altona in einer Eingabe an den Reichstag in Sachen der ...eform ausdrücklich erklärt, die Steigerung der Schiffsbau... ...mache jede Reform der Reichsfinanzen von vornherein ...; wenn man nicht zu einer Beschränkung der See... ...n komme, müßte man in wenigen Jahren dem Volke ...n Hunderte von Millionen neuer Steuern zumuten. Das ... richtig. Die Handelskammer zu Altona sitzt an der ...nie; sie kann die Sache gewiß sachkundig beurteilen. Wie ...ltmeister Friedrich Engels schon vor Jahrzehnten voraus... ...t, geht der Militarismus an seinen eigenen Uebertreibungen ... Die Rüstungen nehmen einen so großen Teil der ...ft in Anspruch, daß schließlich nichts mehr übrig bleibt, ...t wäre, geschützt zu werden.

...m so verwerflicher ist es, daß das Ministerium Bülow ... Idee einer Beschränkung der Rüstungen aufgegriffen hat, ... die englische Regierung wiederholt an die Hand gab. ...chland sucht man sich jetzt damit herauszureden, der englische ..., die Seerüstungen beider Länder einzuschränken, sei erstens ...atum gemacht worden und zweitens nur dem Bedürfnis der ...er entsprungen. So etwa hat sich auch am Dienstag der ...retär v. Schoen in der Budgetkommission des Reichstags ...en. Beide Einwendungen sind aber töricht, wenn nicht ... verbrecherisch. Natürlich konnte die englische Regierung ...it der Tür ins Haus fallen und aus ihrer An... eine Staatsaktion machen. Wäre ein genau for... Vorschlag der englischen Regierung von der ... zurückgewiesen worden, so hätte sich daraus in An... der Umstände zweifellos eine Verschlimmerung der ... Lage ergeben, die zu vermeiden im Interesse beider ...ag. Und jener Vorschlag soll den Bedürfnissen der ... entsprungen sein? Nun ja. Entspricht er aber nicht ...Interessen Deutschlands? Selbstverständlich! England ...ft seine Kraft in den nutzlosen und ge...en Rüstungen genau so gut wie Deutsch... land. Was England dient, dient in diesem Falle auch unserem Lande. Mögen sich die kurzsichtigen, von einem falschen Patriotismus irregeleiteten Freunde der Regierung, mögen sich die eigennützigen gutbezahlten Panzerplattenfabrikanten mit aller Kraft sträuben — der Gedanke greift in allen zivilisierten Völkern um sich, daß den ziellosen Rüstungen ein Ende bereitet werden muß. Es ist starker Nationen unwürdig, sich widerstandslos einem blinden Verhängnis zutreiben zu lassen. Sie dürfen nicht zugeben, daß sich die Schraube ohne Ende ihnen ins zuckende Fleisch bohrt, dürfen nicht tatenlos dem Tage zuwarten, wo sie schließlich voller Verzweiflung ausrufen: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende."

In den gewaltigen Volksmassen hüben wie drüben sitzt eine tiefe Friedenssehnsucht. Wir wollen keine kriegerischen Eroberungen, sondern wir wollen eine menschenwürdige Ausgestaltung des eigenen Lebens, das ebensowenig von den Engländern bedroht wird, wie wir das der Engländer bedrohen. Darum wird die Haltung Bülows und seiner Trabanten in dieser Frage der Rüstungsbeschränkung als ein schwerer Schuldposten auf das Konto gebucht. Dieser Kanzler, der in seiner ganzen Regierungszeit unser Volk von Niederlage zu Niederlage geführt hat, der zur Verdeckung der Sünden seiner Politik eine unerhörte Steigerung der Lasten des Volkes veranlaßt hat, dieser Mann hat auch in der wichtigsten Frage, die ihm vorgelegt werden konnte, versagt. Wir sind darüber nicht erstaunt, da wir in ihm stets den gefährlichsten Volksfeind gesehen und bekämpft haben; aber wir werden alles tun, um ihm das Handwerk zu legen und unserer Forderung friedlicher Verständigung der Nationen mehr als bisher Nachdruck zu verleihen.

* * *

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Erweiterter Bericht unserer gestrigen Telegramme.

Zum Reden gezwungen. — Schoen, der Mann der schönen leeren Worte. — Das Chauvinistentriumvirat: Arendt der Marineteutone, Oriola der Kriegsgraf und Eickhoff der Flottenoberlehrer. — Wieder eine verpaßte Gelegenheit. — Hurra, hurra! Alles bewilligt!

Ueber die deutsch-englischen Verhandlungen betreffend die Beschränkung des Flottenbaues hat die Regierung sich endlich am Dienstag in der Budgetkommission des Reichstags geäußert. Die Kommission hat die Regierung zum Sprechen gezwungen, indem sie den Etat des Reichskanzlers auf die Tagesordnung setzte. Der Reichskanzler erschien allerdings in der Kommission nicht. Er hat den Staatssekretär des Aeußern v. Schoen und seinen Unterstaatssekretär v. Loebell geschickt.

Die Debatte leitete der Nationalliberale Dr. **Semler** ein. Es sei nicht richtig, daß Deutschland seinen Flottenbau über die gesetzliche Feststellung gefördert habe. **Lediglich aus geschäftlichen Gründen seien einige Schiffe früher in Auftrag gegeben worden.**

Staatssekretär Freiherr v. **Schoen** gab darauf im Namen des Reichskanzlers folgende Erklärung ab:

„Die englische Regierung hat zwar ihre **Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über Umfang und Kosten der Flottenprogramme in allgemeiner Weise zu erkennen gegeben**, sie hat aber keinen dahingehenden formellen Antrag gestellt. In den unverbindlichen Gesprächen, die über diese Frage zwischen maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten stattgefunden haben, ist niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflegt es vermieden zu werden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es **wohl aus diesem Grunde vermieden, einen formellen Antrag an uns zu richten**, und wir haben daher keine Stellung zu einem solchen Antrag zu nehmen gehabt. Die Gründe für unsere abwartende Haltung gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember vorigen Jahres vom Reichskanzler im Reichstag dargelegt worden. Sie gelten selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser gesetzlich festgelegter Flottenbau ist ausschließlich nach unserem eigenen Schutzbedürfnis bemessen und stellt keine Bedrohung irgendeiner Nation dar, wie schon wiederholt von uns betont worden ist."

Graf **Oppersdorff** (Zentr.) ist von der Erklärung nicht befriedigt und wünscht, daß näher dargelegt wird, in welcher Form die englischen Anregungen erfolgten. Er rät, auf engere Fühlung der Reichsämter zu sehen, damit es nicht wieder vorkommt, daß wie bei dieser Gelegenheit der Staatssekretär v. Tirpitz **Erklärungen abgibt, die den Tatsachen nicht entsprechen.**

Abg. **Singer** (Soz.) betont, was jetzt die Kommission durch Schoens Erklärung erfahren habe, hätte Tirpitz sofort, als er gefragt wurde, mitteilen müssen, damit nicht erst in England große Aufregung entstehen konnte. Der Redner protestiert dagegen, daß die Regierung fortgesetzt gegenüber dem Reichstage und dem Volke Geheimniskrämerei betreibt und sich auch jetzt wieder dagegen sträube, die geforderte Auskunft zu geben. Ein Vorwurf sei der Regierung zu machen, daß sie sich nicht auf weitere Erörterungen mit England über die Verständigung eingelassen hat, wenn auch ein formeller Antrag nicht vorlag. Die öffentliche Meinung in den anderen Ländern werde nicht auf seiten Deutschlands sein, nachdem die deutsche Regierung sich nicht geneigt gezeigt hat, eine Verständigung anbahnen zu helfen. Die Regierung betreibe eine Politik der Zweideutigkeit, die nicht im Interesse des deutschen Volkes liege. Im deutschen Volke bestehe **allseitig der Wunsch, mit England zur Verständigung zu gelangen und im Frieden zu leben.**

Edler Herr zu **Putlitz** (kons.) erklärt, nur als Schutzmittel sei die Flotte bewilligt und gebaut worden. Deshalb könne vom Flottengesetz nicht abgegangen werden. Darüber zu reden, was später geschehen solle, sei zwecklos.

Dr. **Arendt** (Reichsp.) findet, durch die Erklärung des Staatssekretärs sei die Sache zugunsten Deutschlands aufgeklärt worden. England komme es darauf an, daß Deutschland seinen Flottenbau einschränke, seine Schiffszahl vermindere. Es sei indiskutabel, das Flottengesetz nicht einzuhalten.

Graf **Oriola** (natl.) versichert, seine Partei werde unbedingt am Flottengesetz und dem planmäßigen Ausbau der Flotte festhalten. Die Abrüstung könne nur international bewirkt werden. Auch andere Länder bauen ihre Flotte aus. Warum wende England sich nicht an Amerika wegen Beschränkung der Flottenrüstung? Nur dem deutschen Michel werde ein solches Ansinnen gemacht. Darauf werde die deutsche Regierung hoffentlich nicht hereinfallen. Er billige das Verfahren der Regierung durchaus. England brauche sich nicht beunruhigt zu fühlen.

Erzberger (Zentr.) findet, die deutsche Politik sei um eine **verpaßte Gelegenheit reicher.** Staatssekretär v. Schoen habe früher nicht offen Auskunft gegeben. Schoen solle, eventuell vertraulich, den Inhalt der mit englischen maßgebenden Personen geführten Gespräche angeben, auch mitteilen, welcher Art die englischen Vorschläge waren.

Storz (südd. Volksp.) will ebenfalls keine Aenderung des Flottengesetzes. Die Erklärung der Regierung, die im Auslande keinen guten Eindruck hervorrufen werde, befriedige ihn nicht. Er fürchte davon **eine Stärkung der Kriegspartei in England.**

Staatssekretär **v. Schoen** will bei dem heiklen Charakter der Frage nur weitere Mitteilungen machen, die oberflächlicher Natur sein werden, wenn die Geheimhaltung beschlossen wird. Die wenigen Sätze, die er dann spricht und die geheim zu halten sind, erregen bei den Sozialdemokraten deswegen Heiterkeit, weil sie recht nichtssagend sind. Mit großem Pathos gibt er dann dem Wunsche Ausdruck, daß die deutsch-englischen Beziehungen sich immer inniger gestalten möchten.

Abg. **Ledebour** (Soz.) weist nach, daß England wiederholt Fühlung mit der deutschen Regierung wegen einer Verständigung gesucht, daß aber ebenso oft die deutsche Regierung sich strikt ablehnend ausgesprochen hat. Die Regierung hätte sich im Prinzip bereit erklären müssen, in Verhandlungen einzutreten. Englands Festhalten an der Kaperei im Kriege erschwere allerdings eine Verständigung. Verzichte England auf die Kaperei, so liege kein Grund mehr vor, zum Schutze des Handels Kriegsschiffe zu bauen.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** findet nichts an dem Verhalten der Regierung zu tadeln. Der Reichstag sollte sich bis auf den letzten Mann an die Seite der Regierung stellen.

Dr. **Eickhoff** (freis. Volksv.) hält die Erklärung formell und materiell für völlig befriedigend. Nach 1912 könnte an eine Verständigung gedacht werden.

Die Diskussion wird geschlossen. Es werden gegen die sozialdemokratischen Stimmen alle Forderungen auf Umbauten bewilligt.

* * *

Was ist's mit dem Grafen Wolff-Metternich?

Aus den Mitteilungen, die der Staatssekretär des Auswärtigen vom Reichskanzler zu machen beauftragt war, geht zunächst hervor, daß der Marinesekretär v. Tirpitz schlecht unterrichtet war, als er vor einigen Tagen in der Budgetkommission behauptete, von englischer Seite sei nie ein Vorschlag zur Verständigung über Umfang und Kosten der Flottenbauten an die deutsche Regierung gelangt. Richtig ist vielmehr — und das war auch schon vor der neuesten Regierungserklärung bekannt —, daß die liberale englische Regierung wiederholt mit Anregungen zu einer solchen Verständigung an Deutschland herangetreten war, daß aber die schroffe Ablehnung, auf die sie hier sofort stieß, sie von vornherein an der Stellung eines formellen Antrags hinderte.

So weit ist nun wenigstens Klarheit über den Stand der Dinge, die durch den Staatssekretär Tirpitz verwirrt wurden, wieder hergestellt.

Jedoch ist aufs dringendste Aufklärung zu fordern über die Vorgänge, die zu den Erklärungen des englischen Premierministers Asquith über die Beschleunigung der deutschen Flottenbauten geführt haben. Diese Erklärungen sind es ja, die in England eine so große Panik hervorriefen, daß die liberale Regierung sich kaum noch der konservativen Opposition zu erwehren vermag, die stürmisch nach einer schnelleren Flottenrüstung verlangt zur Begegnung der von Deutschland angeblich drohenden Gefahr.

Obgleich nämlich eine Verständigung über das beiderseitige Flottenprogramm von deutscher Seite abgelehnt worden war, soll es, englischen Zeitungsnachrichten zufolge, zwischen den beiden Mächten zu einem lebhaften inoffiziellen Meinungsaustausch über das Tempo der Flottenrüstungen gekommen sein, und bei dieser Gelegenheit, so wird behauptet, habe der deutsche Botschafter in London, Graf Wolff-Metternich, die englische Regierung wissen lassen, daß Deutschland das Tempo seiner Rüstungen keineswegs zu beschleunigen gedenke. Das war im November 1908. Bald darauf erfuhr aber der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, daß auf den deutschen Werften **mit Hochdruck gearbeitet werde**, und er erwähnte dies dem deutschen Botschafter gegenüber. Dieser erklärte zunächst, er sei nicht informiert, und teilte nach einigen Tagen der englischen Regierung mit, die deutsche Marineverwaltung sei nicht über das Jahresprogramm hinausgegangen, auch habe keine wesentliche (!)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090324/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG